

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Herrnsdorf, Bernsdorf,

Wilsdorf, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschaheim zc.

— Weiteverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen. —

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Ausläufer, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg. vierteljährlich 1 M. 25 Pfg. Durch die Post bezogen 1.25 M. excl. Postgeb.

Frei ins Haus monatlich 42 Pfg. vierteljährlich 1 M. 35 Pfg. Durch die Post bezogen 1.50 M. excl. Postgeb.

Insertionsgebühren: die sechsgespaltene Corpusspaltel oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. 8. Klammern 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 17.

Donnerstag, den 22. Januar 1903.

30. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

242. Sitzung vom 20. Januar.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. v. Vollmar (Soz.) kritisiert die deutsche auswärtige Politik abfällig, die überall nur Mißtrauen säe, so in den letzten Jahren durch ihr Verhalten in der englisch-portugiesischen, in der Transvaalfrage gegenüber dem Präsidenten Krüger usw. Von dem chinesischen Abenteuer könne man nur hoffen, daß es jetzt endgültig abgeschlossen sei. Nähere Aufklärung müsse man über das kriegerische Vorgehen in Venezuela fordern. Erfreulicherweise haben sich unsere Verhältnisse zu Frankreich und die Stimmung dort etwas gebessert. Zwar hätten dort Generale, wie André und Belletan, gelegentlich noch polemische Reden gehalten, aber dergleichen passiere ja auch bei uns, wie die Rede des Generals v. Liebert zeige. Herr Schäbler habe gestern den Dreißiger als bedeutungslos hingestellt. Das Zentrum scheine sich damit die Grundlage für militärische Willkürungen im Voraus beschaffen zu wollen. Damit kommt Redner auf die innere Politik. Das Finanzelend sei lediglich die Folge unserer ganzen bisherigen unglücklichen Finanzwirtschaft. Ohne Rücksicht auf die Möglichkeit ungünstiger wirtschaftlicher Konjunkturen habe man noch vor wenigen Jahren das Stotzengetöse beschlossen, unter Mithilfe des Zentrums. Die Mehrheit mit dem Zentrum trage allein an der Finanzmiserie die Schuld, und sie habe jetzt nicht das Recht, ihrerseits das Land mit Klagen über die Folgen ihres eigenen Tuns zu behelligen. Gestern habe Herr Schäbler namens des Zentrums Sparfamkeit gepredigt und Bewilligung nur des Allernotwendigsten angekündigt. Aber wer wisse, wie oft schon das Zentrum derartige Versprechen abgegeben habe, wisse auch, was davon zu halten sei. Die Zuschußanleihe sei verfassungswidrig, denn nach der Verfassung müsse die Deckung von Fehlbeträgen durch Beiträge der Einzelstaaten erfolgen. Das Richtige sei eine Reichs-Einkommensteuer. Gleich Schäbler müsse er auch auf eine gewisse Rundgebung hochpolitischen Charakters hinweisen, dieselbe sei um so bedeutungsvoller, als sie von dem Präsidenten des Deutschen Bundes ausging, der den Titel „Deutscher Kaiser“ führe, er meine das Schwimminnen-Telegramm. Graf Bülow habe gestern eine Sache zu verteidigen gesucht, die sich nicht verteidigen lasse. Die Reichsverfassung gebe dem Kaiser kein Recht, sich in eine bayerische Landesangelegenheit einzumischen, und das sei, trotz der Darlegung des Reichskanzlers, geschehen, habe doch der Kaiser dem Prinzregenten sogar für jene Kunstmede „einen kleinen Beitrag“ (Heiterkeit) angeboten. Ueber die Ausdrucksweise des Telegramms wolle er nicht sprechen, das sei Sache des Geschmacks. Was die Veröffentlichung des Telegramms durch Wolffs Bureau anlange, so sei es Tatsache, daß dieses Bureau nicht eine Zeile verbreite, wenn es dazu nicht die amtliche Genehmigung erlangt habe. Die Veröffentlichung sei zudem gegen den Willen des Prinzregenten geschehen. Der Münchener Hof sei im höchsten Grade davon überrascht worden. Außerdem sei bei der Veröffentlichung noch die Fälschung begangen worden, daß die Meldung aus München, statt aus Berlin datiert wurde. Der Kanzler sei allerdings an der Geschichte ganz unschuldig, er sei ausgeschaltet gewesen und überrascht worden. Redner erklärt, nun zu einer anderen Angelegenheit kommen zu wollen, die mit dem Falle Krupp zusammenhänge.

Präsident Graf Vullstrem: Diese Angelegenheit liegt auf privatem Gebiete; ich werde nicht dulden, daß der Fall Krupp bei der Gelegenheit der Budgetberatung verhandelt wird. (Unruhe links.)

Abg. v. Vollmar (Soz.): Ich habe lediglich die Absicht, über zwei Momente zu sprechen, welche in dem „Reichsanzeiger“ Erwähnung gefunden haben, um zu zeigen. . . (Präsident Graf Vullstrem: Herr Abgeordneter, es bleibt bei meiner Entscheidung. Stürmische Unruhe links.) Ich werde selbstverständlich, wenn Sie mich zwingen, außer Stande sein, zu tun, wozu ich mich für berechtigt halte. Der Herr Präsident selbst hat seiner Zeit als Grund-

soß ausgesprochen, daß hier über Dinge, die im „Reichsanzeiger“ gestanden, verhandelt werden darf. Wenn jetzt selbst dieser Grundsatz nicht eingehalten wird, dann konstatiere ich, daß wir in Deutschland nicht mehr so viel Redefreiheit haben, wie. . . (Präsident Graf Vullstrem: Dieser Grundsatz gilt nur für öffentliche Angelegenheiten. Ich habe Sie bei d-m, was Sie über das Schwimminnen-Telegramm sagten, nicht unterbrochen. Es bleibt dabei, der Fall Krupp wird hier in keiner Weise erwähnt. (Erneute große Unruhe und Rufe links: Wir sollen ruhig sein, auch gegenüber hübschen Beleidigungen!) Abg. v. Vollmar: Ich muß wiederholen, Herr Präsident, daß ich über die Person und die Handlungsweise Krupps nicht mit einem Worte sprechen will, aber davon, daß meine Partei aus diesem Anlaß beschimpft wurde. Präsident Graf Vullstrem: Es bleibt bei dem, was ich angeordnet habe. (Erneute stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten und Unruhe, an der sich namentlich die Abgg. Lebedour und Ulrich durch andauernde Rufe beteiligen: Wir sind beschimpft, beschimpft!) Abg. v. Vollmar: Herr Präsident! Nur der eine Teil der betreffenden Rundgebung bezieht sich doch auf die Person Krupps, der andere Teil ist ein Pronunciamento gegen meine Partei, gegen die Sozialdemokraten. Präsident Graf Vullstrem (von neuem zur Glocke greifend): Es bleibt bei meiner Anordnung! (Stürmische Rufe links: Das heißt also: Sic volo, sic jubeo!) Präsident (erregt fortfahrend): Das heißt: Die Rechte wahrhaftig, die der Reichstag seinem Präsidenten übertragen hat. (Stürmische Rufe: Sie mißbrauchen diese Rechte!) Abg. v. Vollmar: Sie haben als Präsident diese Rechte, um unsere Redefreiheit zu schützen. Präsident Graf Vullstrem: Wie ich dies Recht handhabe, ist meine Sache. (Wilde Rufe: Nein! Nein!) Ich bitte, jetzt nicht mehr über meine Anordnungen zu sprechen. Abg. v. Vollmar: Herr Schäbler hat doch gestern bereits kurz den Fall Krupp berührt; danach muß es doch auch mein Recht sein! Graf Vullstrem: Das war etwas ganz anderes. (Erneute große Unruhe.) Abg. v. Vollmar: Unter den Umständen läßt sich wohl nicht mehr offen im deutschen Reichstage sprechen. Wir haben in diesem Hause hier weniger Recht als in öffentlichen Versammlungen. (Lebhafter Beifall links.) Präsident Graf Vullstrem (lehrt die Glocke rührend): Ich bitte, meine Anordnungen nicht zu kritisieren. Abg. v. Vollmar: Dann sind hier überhaupt keine Erörterungen mehr möglich. Präsident Graf Vullstrem: Ich bitte nochmals, mit diesen Erörterungen aufzuhören; ich muß Sie sonst zur Ordnung rufen. (Großer Lärm links.) Abg. v. Vollmar: Ich bin stets bestrebt, mich innerhalb der Grenzen der Geschäftsordnung zu halten, aber wenn mir in dieser Weise der Moulkorb angelegt wird. . . (Präsident Graf Vullstrem (heftig klingelnd): Das können Sie nicht sagen, daß Ihnen ein Moulkorb angelegt werde. Ueber diesen Punkt lasse ich nicht sprechen. (Abermals wilde Unruhe links.)

Abg. v. Vollmar wirt nunmehr dem Präsidenten vor, das Zentrum begünstigt zu haben, dessen Mitglied Schäbler erstern über den Fall Krupp habe reden dürfen. Präsident Graf Vullstrem weist den Vorwurf, das Zentrum zu begünstigen, zurück. Jedenfalls schreibe, was vor und nach dem Tode Krupps, dieses Ehrenmannes, geschehen sei, hier aus. (Großer Lärm links.)

Abg. v. Vollmar: Ich stelle hiernach vor dem Lande fest, daß es mir unmöglich gemacht wird, eine Angelegenheit, welche das ganze Land angeht, hier zu besprechen und Beschimpfungen zurückzuweisen, die gegen 2 bis 3 Millionen von Wählern gerichtet worden sind. Der Reichskanzler hätte zum mindesten die Veröffentlichung von Rundgebungen der in Rede gewesenen Art verhindern müssen. Er könne nur hoffen, daß sich unser Staats- und Verfassungleben nicht etwa in der Richtung zu einem Bonapartismus entwickle, zu dem leider bei uns so große Anlässe vorhanden seien. Dringend notwendig sei die baldige Vorlegung eines Minister- und eines Kanzlerverantwortlichkeitsgesetzes. Das allgemeine geheime und gleiche Wahlrecht sei und bleibe in Gefahr, auch trotz der Schäblerschen Versicherung; dem Zentrum sei nicht zu trauen.

Bayrischer Geh. Rat v. Stengel widerspricht einer Bemerkung des Redners, daß der bayrische

Finanzminister v. Nibel sich unlängst im bayrischen Landtage zu Gunsten einer Reichseinkommensteuer geäußert hätte.

Abg. Sattler (Ntl.): Meine Freunde halten unbedingt an dem bestehenden Wahlrecht fest. Der Verlauf der Dinge gestern und heute bestätigt, daß Centrum tatsächlich noch Trumpf sei. Das Centrum allein kann ungehindert Äußerungen des Kaisers besprechen. In weiten Kreisen erregt es große Begeisterung, daß das Centrum in dieser Weise Trumpf sei. Beim Schwimminnen-Telegramm hätte man auch nur die Veröffentlichung besprechen sollen und nicht den Inhalt. Das Telegramm selbst war eine ganz private Äußerung, die nicht vor den Reichstag gehört. Das Centrum darf sich durchaus nicht darüber wundern, daß der Kaiser, nachdem er den Münchener die Schock-Galerie überlassen, nun dergestalt seiner Entrüstung über die künftigen Beschlüsse des Centrums Ausdruck gegeben habe. Das war des Kaisers gutes Recht. (Gelächter beim Centrum.) Vom Reichskanzler ist Aufschluß zu wünschen über den Stand der Angelegenheit mit Venezuela und über unser Verhältnis zu England und China. Geboten sei ferner eine enbliche Entschließung der Regierung über die Diätenfrage. Was den Etat angeht, so scheinen die Einzahlungen doch zu niedrig eingeschätzt zu sein. Eine Finanzreform im Reich ist jetzt so schwierig, so ungünstig auch die Finanzlage einzelner Bundesstaaten sein mag. Auf neue Steuern werden sich meine Freunde unter keinen Umständen einlassen. Bedauerlich ist, daß eine Revision des Borsengesetzes noch immer auf sich warten läßt. Von dem neuen Zolltarif sei der Abschluß günstiger Handelsverträge zu erwarten.

Reichskanzler Graf Bülow: Der Abg. v. Vollmar hat den Vorwurf antisozialer Tendenz gegen die Monarchie erhoben. Dieser Vorwurf ist historisch und psychologisch unbegründet, zumal angesichts der Boshaftigkeit Kaiser Wilhelm II. vom Dezember 1897 und angesichts dessen, was seitdem an sozialen Taten in Deutschland geschehen ist. Auch im Ausland erkennt man die sozialen Bemühungen in Deutschland an. In diesem Sinne hat sich u. a. der sozialistische Minister Millerand dem deutschen Volk gegenüber ausgesprochen. Dabei äußerte der frühere französische Handelsminister auch, daß sich die Bourgeoisie für die sozialen Fragen noch immer wenig interessiere. (Rufe bei den Soz.: Sehr richtig!) Dieser Vorwurf, meine Herren, der in Ihrem Zwischenrufe liegt, tangiert mich garnicht, denn genau dasselbe: sehr richtig! hat Seine Majestät der Kaiser an den Rand des betr. Berichts geschrieben. (Stürmische Heiterkeit.) Herr v. Vollmar hat auch vom Bonapartismus und Absolutismus gesprochen. Mir ist kein Fall bekannt, in dem bei uns die Bahnen der Verfassung überschritten worden wären. Was soll also das Gerede von Absolutismus und Cäsarismus. Als ich das hörte, glaubte ich mich irgendwo in Marokko oder China zu befinden. Die Rechte des Parlaments sind vom Kaiser niemals mißachtet worden. Wenn unsere Zustände jemals zu einem Absolutismus führen, so wird das nur die Folge sein von Revolutionen. Auf die Revolutionen folgt der Absolutismus wie das a auf das b. Das ist die Ordnung im ABC der Weltgeschichte. Das Recht aber zur Initiative wird dem Kaiser von keinem Reichskanzler gekürzt werden. Das deutsche Volk will auch keinen anderen Kaiser als einen solchen von Fleisch und Blut. Daraus folgt aber nicht, daß jeder Reichskanzler nun auch gleich zurücktritt wegen irgend einer kleinen Meinungsdivergenz. Er muß doch ein gewisses Augenmaß haben für das, was wichtig ist und was weniger wichtig ist. Er kann nicht wegen jeder Kleinigkeit seinen Abschied nehmen. Aber nur ausführendes Organ, nur Instrument ist er nicht. Der Kaiser verträgt sehr gut Widerspruch, er will gar keinen Reichskanzler, der nicht auch einmal widerspräche. Ich wünsche, Sie wären so wenig voringenommen wie der Kaiser. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler teilt sodann mit, entsprechend dem Beschlusse des Hauses liege dem Bundesrat bereits ein Antrag des Kanzlers vor betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Abgabe der Stimmzettel in Umschlägen und durch Benutzung von Isolirräumen. Sobald der Bundes-

rat dem zugestimmt, werde das Wahlreglement entsprechend geändert werden. Nun zur auswärtigen Politik. Der Abg. v. Vollmar hat von Frankreich gesprochen. Wie er, so sind auch wir durchdrungen, daß ein ruhiges und friedliches Einvernehmen gleichmäßig dem Interesse beider Länder entspricht und daß es Fragen giebt, wo wir Hand in Hand gehen können. Was Venezuela betrifft, so darf ich mich hinsichtlich der Ursachen und der Zwecke unseres Vorgehens beziehen auf die Ihnen zugegangene Denkschrift. Wir sind im vollen Einvernehmen mit England und Italien vorgegangen. Unser Bestreben geht dahin, möglichst bald die bewaffnete Aktion zum Abschluß zu bringen. Die Blockade wird voraussichtlich aufgehoben, sobald die Verhandlungen in Washington zum Abschluß gelangt sind. Die Verhandlungen sind im vollen Fluß. Es liege nicht im Interesse der Sache, wenn ich schon heute mehr darüber sagte. Nur 2 Punkte muß ich heute noch berühren, Herr v. Vollmar schien andeuten zu wollen, Präsident Roosevelt habe unseren Vorschlag, als Schiedsrichter zu fungieren, abgelehnt. Im Einvernehmen mit England und Italien hat aber Deutschland von vornherein das Haager Schiedsgericht in Aussicht genommen, falls Roosevelt zur Uebernahme des Schiedsrichteramts nicht geneigt sei. Präsident Roosevelt hat also nicht einen Vorschlag zurückgewiesen, sondern er hat von beiden ihm gemachten Vorschlägen den ihm geeigneter erscheinenden angenommen. Der Kanzler sagt dann noch einige Worte über das Uebelwollen der englischen Presse, die sich darüber erregte, daß Deutschland sich nicht an dem englischen Protest gegen die Durchfahrt durch die Dardanellen beteiligte. Auf Grund unserer geographischen Lage kann von uns in solchem Falle aber garnichts anderes erwartet werden als eine Neutralität, die gegen keine der beteiligten Mächte Feindseligkeiten enthält. Noch merkwürdiger war, daß die englische Regierung wegen ihres Zusammengehens mit uns in Venezuela im eigenen Lande Angriffen ausgesetzt war. Hat doch sogar ein wild gewordener Poet von großem Talent (Audgurd Kipling) jenes bekannte Gedicht aus diesem Anlaß veröffentlicht. Diese Animosität in England ist zum Teil zurückzuführen auf die Angriffe, die ein Teil der kontinentalen Presse während des Burenkrieges gegen England richtete. Es zeigt sich aber da wieder, daß die auswärtige Politik mit dem Kopf und nicht mit dem Gefühl betrieben werden muß. Vor 1900 Jahren sagte der alte gute Horaz: Quidquid delirant reges plectuntur Achivi. Heute ist's umgekehrt. Heute richten meist die Achiver Unheil an und die reges sollen es ausbaden. Um so mehr freue ich mich sagen zu können, daß sich die Beziehungen der Regierungen von Berlin und London in den bewährten und besonnenen Bahnen bewegen. Ich hoffe jedenfalls, daß sehr bald auch die öffentliche Meinung sich wieder in dem Gedanken begegnen wird, wie sehr wir durch viele Interessen darauf hingewiesen sind, uns friedlich und freundschaftlich zu vertragen. Das Zusammengehen in Venezuela ist dafür ein Beweis.

Abg. Hilpert (bayr. Bauernbb.) bedauert, daß der Reichskanzler nichts über die Handelsvertragsfrage gesagt habe.

Abg. Dasbach (Str.) erklärt, daß seine Partei unentwegt an dem Reichswahlrecht festhalte. Mittwoch 1 Uhr Fortsetzung. Schluß 1/6 Uhr.

Zur Angelegenheit der Kronprinzessin

bringt ein Berliner Blatt eine angeblich zuverlässige Darstellung aus Dresden. Danach war für die Reise von Genf nach Mentone nur die angegriffene Gesundheit der Prinzessin entscheidend. In Mentone soll ihr die Möglichkeit werden, unbeeinträchtigt von allen äußeren Einflüssen in Ruhe ihre Entschlüsse zu fassen. Sämtliche Besprechungen, die zur Vorbereitung des Dresdener Prozesses am 28. Januar dienen, seien erledigt, so daß schon dieser Termin das Endurteil bringen dürfte. Als Hauptgrund der vom Kronprinzen angelegten Ehetrennungslage sei Ehebruch angegeben. Die Kronprinzessin werde